

## ASIEN AKTUELL

### Ein neuer Friedenskurs für Sri Lanka?

Bianca Stachoske

#### Aktuelle Situation

Die Erosion des 2002 zwischen der Regierung und den Separatisten der Liberation Tigers Tamil Eelam vereinbarten Waffenstillstandsabkommens setzte rasch ein. Nachdem sich die LTTE bereits im April 2003 aus den Friedensgesprächen zurückgezogen hatte, verdeutlichte ein erneuter Selbstmordanschlag in Colombo im Juli des darauffolgenden Jahres, wie schlecht es um den Friedensprozess in Sri Lanka bestellt ist. Als sich im März 2004 eine Gruppe von mehreren tausend LTTE-Kämpfern unter Führung des Kommandanten Vinayagamoorthy Muralitharans ("Colonel Karuna") abspaltete, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der LTTE und der Splittergruppe. Die Abspaltung Karunas von der LTTE verlangsamte den Friedensprozess: Die LTTE bestand auf der Entwaffnung der Karuna-Fraktion, die großen Einfluss im Osten des Landes hat. Seit 2006 kooperiert die Gruppe um Karuna mit der Regierung und liefert geheimdienstliche Informationen (International Crisis Group 2006: 8). Nach der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 trug der Disput zwischen der Regierung und den Rebellen um die Verteilung internationaler Hilfslieferungen in den durch die Flutwelle verwüsteten Küstenregionen im Norden und Osten zur weiteren Verschärfung des Konflikts bei. Mit der Ermordung des tamilischen Außenministers Lakshman Kadirgamar im August 2005 spitzte sich die Lage weiter zu. Der erklärte Gegner der LTTE wurde in Colombo Opfer eines Scharfschützen (BBC South Asia, 13.08.2005). Obwohl die LTTE die Verantwortung für diesen politischen Mord bislang abstreitet, gilt ihre Beteiligung bei der Polizei Sri Lankas als wahrscheinlich (International Crisis Group 2006: 9)

Am 27.11.2005 stellte der LTTE-Vorsitzende Vilupillai Prabhakaran dem Präsidenten Mahinda Rajapakse ein Ultimatum bis Ende 2005, um einen Vorschlag zur Weiterführung des Friedensprozesses einschließlich eines institutionellen Konzepts zu präsentieren, das die politischen Forderungen der Tamilen berücksichtigt.<sup>1</sup> Die Regierung ließ dieses Ultimatum unbeantwortet verstreichen.

---

<sup>1</sup> Vilupillai Prabhakaran: "Heroes Day Speech", 27.11.2005, unter [http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/document/papers/LTTE\\_chief\\_Heroes\\_Day\\_speech.htm](http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/document/papers/LTTE_chief_Heroes_Day_speech.htm), 26.10.2006.

Spätestens, seitdem der lange auf niedriger Schwelle virulente Konflikt im April 2006 in einer Reihe von Anschlägen in Trincomalee im Nordosten des Landes eskalierte, ist das Waffenstillstandsabkommen aus dem Jahr 2002 faktisch aufgehoben. Nachdem zuvor noch im Februar beide Seiten bei gemeinsamen Gesprächen in Genf die Einhaltung des Abkommens bekräftigt hatten, wurde es schließlich von der LTTE im August aufgekündigt. Im gleichen Monat nahm die Regierung den Selbstmordanschlag auf den Militärstützpunkt in Colombo zum Anlass, ihre militärischen Operationen gegen die LTTE zu intensivieren. Der mehr als zwei Jahrzehnte währende Bürgerkrieg hat nach Expertenschätzungen 70.000 Menschenleben gekostet und führt zu immer neuen Wellen von Flucht und Vertreibung (International Crisis Group 2006: 1; De Votta 2004: 200).

Die Konfliktparteien sind in den mit norwegischer Unterstützung geführten Friedensgesprächen einer politischen Lösung des Autonomiekonflikts nicht näher gekommen. Im Kern zielten die Vorschläge auf Dezentralisierungsmaßnahmen und die Etablierung föderaler Strukturen. Doch die Frage der Machtverteilung zwischen der Mehrheit der singhalesischen Bevölkerung und Sri Lankas tamilischer Minderheit bleibt weiter ungeklärt. Gravierende Menschenrechtsverletzungen, politische Morde und Entführungen bestimmten auch nach Abschluss des Waffenstillstandsabkommens den Alltag in Sri Lanka. Dabei instrumentalisierten die Konfliktparteien Akte kommunalistischer Gewalt zwischen Tamilen, Singhalesen und Muslimen zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele, statt sich für deren Eindämmung zu engagieren (International Crisis Group 2006: 3).

## Regierungswechsel 2005

Im November 2005 löste Mahinda Rajapakse, Kandidat der linksgerichteten Sri Lanka Freedom Party (SLFP), Chandrika Bandaranaike Kumaratunga (Eksath Jathika Pakshaya, United National Party/UNP) nach zwei Legislaturperioden im Präsidentenamt ab. Rajapakses Sieg über den Gegenkandidaten Ranil Wickremasinghe (UNP) war ausgesprochen knapp: Er erlangte mit einem Vorsprung von nur 190.000 Stimmen ein absolutes Wahlergebnis von 50,3%. Während der mit 48,4% der abgegebenen Stimmen unterlegene Ranil Wickremasinghe sich für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit der LTTE einsetzt, steht der Wahlsieger für einen unnachgiebigen Kurs gegenüber der LTTE. Mahinda Rajapakse, der zuvor an der Seite Kumaratungas das Ministerpräsidentenamt inne hatte, schmiedete im Wahlkampf ein Bündnis mit der singhalesisch-nationalistischen Janatha Vimukthi Peramuna<sup>2</sup> (People's Liberation Front/JVP) sowie der buddhistisch-klerikalen

<sup>2</sup> Die JVP – oder People's Liberation Front – wurde als marxistische Bewegung 1965 mit gegründet. Sie unterlag 1971 in einem blutigen Aufstand gegen die Regierung und setzte Arbeit bis 1977 im Untergrund fort. Nach einer Amnestie 1978 formierte sie sich als demokratische Partei und unternahm 1987 einen zweiten Umsturzversuch, der ebenfalls scheiterte. Bis 1994 blieb die JVP verboten, konnte sich aber nach der Aufhebung des Banns mit einer neuen politischen Strategie im parlamentarischen Diskurs etablieren.

Jathika Hela Urumaya<sup>3</sup> (National Heritage Party/JHU). Beide Parteien hatten seine Kandidatur unterstützt – eine Wahlkampfhilfe, die Rajapakse keineswegs umsonst erhielt. An ihr Kooperationsangebot knüpfte die Volksbefreiungspartei JVP zwei Bedingungen: die Neuverhandlung des 2002 geschlossenen Waffenstillstandsabkommens sowie den Rückzug der norwegischen Delegation aus den Verhandlungen, da diese aufgrund ihrer einseitigen Parteinahme für die Befreiungstiger als Vermittler inakzeptabel geworden sei. Rajapakse signalisierte, keine Neuverhandlung eines Kooperationsabkommens mit den Befreiungstigern anzustreben und entsprach damit den Forderungen seiner Kooperationspartner. Er siegte mit dem Wahlversprechen, den Waffenstillstand neu zu verhandeln und eine harte Linie gegen die LTTE zu verfolgen. Rajapakses Koalitionspartner hatten sich im Wahlkampf für ein hartes Vorgehen gegen die LTTE stark gemacht und lehnen eine föderale Lösung, wie sie im der Oslo-Kommunikee<sup>4</sup> konzipiert ist, strikt ab (Crisis Group 2006: 10; Becker 2006: 3).

Entscheidend für den Sieg Rajapakses war der Wahlboykott, den die LTTE in den von ihr kontrollierten Distrikten erzwungen hatte. Entgegen ihrer offiziellen Verlautbarung, die Wahlen nicht zu stören, übte sie nach Medienberichten gezielten Druck auf die Bevölkerung aus und sorgte so für eine eklatant niedrige Wahlbeteiligung im Norden und Osten des Landes.<sup>5</sup> Die LTTE verhalf einem ihrer schärfsten Widersacher zur Macht – wie es scheint, mit ausgewogen taktischem Kalkül. Nachdem er der LTTE mit scharfer Wahlkampfretorik entgegengetreten war, lieferte Rajapakses Wahlsieg den Rebellen unter Vellupillai Prabhakaran einen willkommenen Anlass zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die neue Regierung.

Der unterlegene Wickremasinghe wird in einem Bericht von BBC South Asia mit der Aussage zitiert: "We've got a very polarised society now, into three groups, those who voted for me for the peace process, those who voted for Mahinda Rajapakse and those who are unable to vote" (BBC, 18.11.2005).

<sup>3</sup> Die JHU – auch National Heritage Party – wurde im Februar 2004 gegründet und nahm im gleichen Jahr erstmals an den Parlamentswahlen teil. Alle aufgestellten Kandidaten waren buddhistische Mönche. Die Partei errang mit 6% der Stimmen 9 Sitze im 225 Sitze umfassenden Parlament: *Sri Lanka Department of Elections* [http://dunhinda.lanka.net/slelections/genaral/2004\\_results/general.html](http://dunhinda.lanka.net/slelections/genaral/2004_results/general.html).

<sup>4</sup> Der Text der Oslo Erklärung vom 25.11.2002, <http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/document/papers/oslo1.htm>.

<sup>5</sup> In Jaffna beteiligten sich nur 0,014 Prozent der mehr als 700.000 registrierten Wähler und sorgten mit der landesweit niedrigsten Wahlbeteiligung für das schlechteste Ergebnis. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 hatten immerhin noch 19,8% aller registrierten Wähler in Jaffna ihre Stimme abgegeben (die Ergebnisse sind auf der Netzseite des Department of Elections, Sri Lanka unter [http://www.slelections.gov.lk/past\\_election/1999%20Presidential.pdf](http://www.slelections.gov.lk/past_election/1999%20Presidential.pdf) veröffentlicht, letzter Zugriff am 16.2.2007). Regierungsbeamte berichteten von Straßenblockaden und Einschüchterungen der Bevölkerung in den von der LTTE kontrollierten Gebieten (BBC 18.11.2005).

## Eine neue politische Strategie?

Im Januar des Berichtsjahres festigte Rajapakse seine knappe Parlamentsmehrheit durch eine spektakuläre Kabinettsumbildung: 18 Angehörige der oppositionellen UNP wechselten das politische Lager und liefen zur Regierung über. Der Präsident belohnte sie mit Ministerposten<sup>6</sup> und berief darüber hinaus drei Vertretern des Sri Lanka Muslim Congress (SLMC) sowie ein Mitglied der JHU in die Regierung. Damit stellte er einen zweifelhaften Rekord auf: Mit nun 107 Mitgliedern verfügt Sri Lanka über das derzeit größte Regierungskabinett der Welt (Becker 2007: 2). Mit diesem Schachzug verschaffte sich der Präsident eine Mehrheit von 19 Stimmen im Parlament; drohende Neuwahlen sind damit bis auf Weiteres abgewendet. Drei frühere Kabinettsmitglieder, die ihn für diesen Schritt öffentlich kritisiert hatten, entließ der Regierungschef umgehend (BBC South Asia, 9.2.2007).

Mit der Kabinettsumbildung am 28. Januar emanzipiert sich der Präsident ein Stück weit von seinen Wahlkampfpartnern, die eine föderale Lösung für Sri Lanka vehement ausschließen und weiterhin für ein hartes Vorgehen gegen die LTTE eintreten. Diese Haltung kollidiert mit einer Verhandlungslösung, die von den neu ernannten Ministern aus den Reihen der UNP befürwortet wird. Vieles wird davon abhängen, wie bündnistreu sich Rajapakses alte und neue Kooperationspartner erweisen. Die Volksbefreiungsfront JVP, in der singhalesische Nationalisten den Ton angeben, hatte in der Koalition bislang, wenn auch unter Vorbehalt, mitgewirkt. Inzwischen haben ihre 27 Abgeordneten die Zusammenarbeit mit der Regierung aufgekündigt (Becker 2007: 2). Im Gegensatz dazu sichert die JHU dem Präsidenten ihre volle Unterstützung zu, um zu verhindern, dass die LTTE aus einer politischen Instabilität entscheidende Vorteile im Kampf gegen die Regierung zieht.<sup>7</sup> Damit sind Spannungen im neuen überdimensionierten Kabinett Sri Lankas vorprogrammiert: Bereits jetzt wird deutlich, dass die enorme Größe des neuen Regierungsapparats keinesfalls effektivere Regierungsarbeit garantiert und der dringend nötige Konsens erschwert wird.

In Reaktion auf die erfolgreiche Abwerbung ihrer Mitglieder kündigte die Spitze der UNP den im Oktober geschlossenen Pakt mit der SLFP, in dem sie der regierenden Freiheitspartei parlamentarische Unterstützung bei der Lösung der nationalen Fragen – insbesondere den ungelösten Konflikten zwischen Tamilen und Singhalesen – zugesichert hatte.

<sup>6</sup> Die aktuelle Regierung umfasst neben 52 Kabinettsministern 33 Minister ohne Kabinettsposten sowie 19 Vizeminister (Becker 2007: 2).

<sup>7</sup> In einer Presseerklärung vom 13.02.2007 verkündete die JHP auf ihrer offiziellen Netzseite unter dem Titel: "JHU fully behind Govt. – Minister Champika Ranawaka" ihre volle Unterstützung für die Regierung: "The Jathika Hela Urumaya (JHU) had assured its total support to the Government since it did not want to destabilise the administration paving the way for the LTTE to take advantage of the situation," unter [http://www.jhu.lk/e\\_press.html](http://www.jhu.lk/e_press.html), letzter Zugriff am 15.02.2007.

Eine eindeutige und zielführende Strategie, die zu einer Beilegung des Konflikts führen könnte, lässt Mahinda Rajapakse derzeit nicht erkennen. Die Entscheidung zur Kabinettsumbildung war allem Anschein nach machtpolitisch motiviert und keineswegs der Versuch, alle politischen Kräfte in eine Konfliktlösung einzubinden. Und doch birgt sie Potenzial für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses. Rajapakses neue Bündnispartner zählen zum Lager derjenigen, die eine Verhandlungslösung favorisieren. Ob das politische Gewicht der UNP-Dissidenten jedoch dazu ausreicht, einen Strategiewechsel einzuleiten, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit beurteilen.

### **Auf dem Weg zu einer militärischen Lösung?**

Unterdessen sucht Sri Lankas Regierung weiterhin die Entscheidung auf militärischem Weg und kam diesem Ziel mit der Eroberung von Vavuni nach wochenlangen Gefechten im Januar 2007 ein Stück näher. Die LTTE verlor durch die Militäroffensive der Regierung ihre strategische Vormachtstellung im Osten des Landes. Bis dato hatten die Rebellen die vorwiegend küstennahen Distrikte<sup>8</sup> im Norden und Osten des Landes kontrolliert und konnten dort eigene Regierungs-, Verwaltungs- und Rechtsstrukturen etablieren. Vor allem in den ländlichen Gebieten errichtete die Bewegung nach dem Abzug der Indian Peace Keeping Force (IPKF) 1990 quasistaatliche Strukturen. Die tamilischen Befreiungstiger entstanden in den 1970er-Jahren als militärische Organisation und sehen sich heute an der Spitze eines tamilischen De-facto-Staates: Tamil Eelam. Ihr Einfluss reicht über den öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssektor bis hinein in die kommunalen Verwaltungsstrukturen. Die LTTE erheben Steuern und haben eine eigene Gerichtsbarkeit (Tamil Eelam Judiciary) installiert. Darüber hinaus unterhalten sie einen eigenen Postdienst, Banken, Radio- und Fernsehstationen sowie eine eigene Polizeiorganisation (Tamil Eelam Police).<sup>9</sup>

### **Teilautonomie oder Sezession?**

Die Forderung nach politischer Selbstbestimmung für die tamilische Minderheit Sri Lankas wird von Velupillai Prabhakaran, der die Bewegung 1972 unter dem Namen Tamil New Tigers gründete und heute an der Spitze der LTTE steht, konsequent bekräftigt. Mit der Etablierung quasi-staatlicher Strukturen in den von ihr kontrollierten Gebieten verlieh die LTTE in den vergangenen Jahren dieser Forderung Nachdruck und drängte auf Anerkennung ihrer administrativen Organe durch Sri

<sup>8</sup> Sri Lanka gliedert sich in acht Provinzen, die in 25 Distrikte unterteilt sind. Die nördlichen und östlichen des Landes stehen ganz oder teilweise unter der Kontrolle der LTTE, darunter Kilinochchi, Mullaitivu, North Vavuniya. Eine Übersichtskarte aus dem Jahr 2005 findet sich unter [http://ec.europa.eu/echo/pdf\\_files/decisions/2005/dec\\_sa\\_02000.pdf](http://ec.europa.eu/echo/pdf_files/decisions/2005/dec_sa_02000.pdf), letzter Zugriff 13.02.2007.

<sup>9</sup> Diese Angaben sind einer Publikation des South Asian Terrorism Portal zu terroristischen Gruppen in Sri Lanka entnommen: <http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/terroristoutfits/LTTE.HTM>, letzter Zugriff: 12.2.2007.

Lankas Regierung. Nach der Flutkatastrophe im Dezember 2004 bestand die LTTE darauf, die internationalen Hilfsgüter eigenständig in den durch die Tsunami verwüsteten Gebiete im Norden und Osten zu verteilen. Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Einführung der sog. Post-Tsunami Operation Management Structure (P-TOMS)<sup>10</sup> kam die seinerzeit amtierende Präsidentin Kumaratunga dieser Forderung ein Stück weit entgegen. Die nationalistischen Kräfte innerhalb der Regierung lehnten die Kooperation mit der LTTE vehement ab und verhinderten die Implementierung des Abkommens (Jayasuriya 2005: 76). Im Juni 2005 hatte die singhalesisch-nationalistische JVP beim Obersten Gerichtshof Klage gegen das von Kumaratunga unterzeichnete Kooperationsabkommen mit der LTTE beim Wiederaufbau eingereicht (Amnesty International Jahresbericht 2006: 1).

Im August 2006 eskalierten im Norden und Osten des Landes die Spannungen zwischen der Regierung und der LTTE und es kam erneut zu offenen Kriegshandlungen. Hunderte Menschen starben bei diesen Gefechten und nach Angaben der Vereinten Nationen flohen Zehntausende aus dem Kampfgebiet.<sup>11</sup> Eine neue Runde der Friedensverhandlungen scheiterte im Oktober 2006 in Genf – u.a. an der Forderung der Rebellen, die Regierung solle die im August geschlossene Verbindungsstraße zur von der LTTE kontrollierten Halbinsel Jaffna wieder öffnen, um die Versorgung der dortigen Bevölkerung zu gewährleisten. Dieser Forderung gab Sri Lankas Regierung nicht nach und trocknete so eine wichtige Einnahmequelle der Befreiungstiger aus: Auf der Strecke, die durch das von ihnen kontrollierte Gebiet führt, erhoben die Rebellen täglich illegale Steuern auf Güter, Personen und Fahrzeuge in Höhe von etwa 900.000 Rupien (Becker 2006: 2).

## Die LTTE gerät international zunehmend unter Druck

Eine deutliche Schwächung erfuhr die LTTE Mitte 2006 durch ihre Kategorisierung als terroristische Organisation in Kanada und der Europäischen Union. In Großbritannien wurde die LTTE bereits 2001 zu einer terroristischen Organisation erklärt.<sup>12</sup> Der internationale Bann hat für die tamilischen Befreiungstiger weitreichende Konsequenzen. Nach Schätzungen von Human Rights Watch wurden Mitte der 1990er-Jahre 80% bis 90% des Militärbudgets aus ausländischen Quellen finanziert. Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1984 verließen Hunderttausende Tamilen das Land. Im Jahr 2001 wurde die Zahl der Exilanten auf 600.000 bis 800.000 geschätzt,

<sup>10</sup> Der Wortlaut des Memorandums (Memorandum of Understanding (MOU) for the establishment of a Post-Tsunami Operational Management Structure (P-TOMS)) findet sich auf der Netzseite des South Asia Terrorism Portal, einem Projekt des Institute for Conflict Management in Dehli unter <http://www.satp.org/satporctp/countries/shrilanka/document/papers/P-TOMS.htm>.

<sup>11</sup> <http://www.unhcr.de/unhcr.php/aid/1412>.

<sup>12</sup> Im U.K. Terrorism Act 2000 wurde die LTTE vom britischen Innenministerium in eine Liste mit 21 weiteren Organisationen aufgenommen, die nach Abschnitt II, 3 (5) als terroristisch eingestuft wurden. The Terrorism Act 2000 (Proscribed Organizations) (Amendment) Order 2001 trat am 29.03.2001 in Kraft.

was etwa einem Viertel der weltweiten Population von Sri-Lanka-Tamilen entspricht (Venugopal 2003: I).<sup>13</sup> Die LTTE finanziert sich zum Großteil mit Mitteln dieser tamilischen Diaspora. Kanada beheimatet mit 200.000 bis 250.000 Exiltamilen eine der größten Sri-Lanka-tamilischen Gemeinschaften im Ausland (Becker 2006: 4). LTTE-Mitglieder und LTTE-nahe Gruppen haben einen großen Einfluss innerhalb der tamilischen Exilgemeinden. Die LTTE bedient sich dabei im Ausland einer breit angelegten Strategie, die von sozialem Engagement bis hin zu Androhung und Ausübung von Repressionen reicht, um die finanzielle und politische Unterstützung der Exiltamilen für den Unabhängigkeitskrieg der LTTE zu sichern (Human Rights Watch 2006: II).

Neben Geschäftsgewinnen internationaler Investoren bilden die freiwilligen und unfreiwilligen Beiträge der Exiltamilen die wichtigste Finanzressource der Organisation. Im Ausland wird Geld zur Unterstützung tamilischer Zivilisten in den Kriegsgebieten in Hindutempeln und bei öffentlichen Veranstaltungen gesammelt. Zahlreiche tamilische Wohltätigkeitsorganisationen, u.a. das World Tamil Movement, die British Tamil Association und die Tamil Rehabilitation Organization, sind hierbei aktiv. Untersuchungen des kanadischen Geheimdienstes haben im Jahr 2000 ergeben, dass ein signifikanter Teil dieses Geldes direkt an die LTTE zur Finanzierung militärischer Aktivitäten weitergeleitet wird (Human Rights Watch 2006: IV). Ein besonders wirksames Mittel, um Beiträge zur Kriegsfinanzierung zu erheben, ist die Androhung, dass die Verweigerung der Zahlung ein Einreiseverbot in LTTE-kontrollierte Gebiete zur Folge hat. Familienbesuche werden bei einer Zahlungsverweigerung verwehrt. Nach dem Waffenstillstandsabkommen nutzten viele der Auslandstamilen die Waffenruhe, um Verwandte in den LTTE-kontrollierten Gebieten im Norden und Osten zu besuchen. Die Besucher berichteten von einem gut organisierten Registrierungs- und Informationssystem der LTTE, mit dem diese Auslandstamilen identifiziert und zu Zahlungen gedrängt werden. Die LTTE unterhält Kontrollpunkte, an denen expatrierte Tamilen sich ausweisen müssen. Sie erhalten dort ein Ausweisdokument und werden aufgefordert, sich binnen drei Tagen in den lokalen LTTE-Hautquartieren in Jaffna oder Kilinochchi registrieren zu lassen. Exiltamilen müssen umfassende Angaben über ihre persönliche und finanzielle Situation machen und nachweisen, dass sie für die LTTE gespendet haben. Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, wird die Summe festgesetzt, die sie der LTTE schulden. Üblicherweise entspricht diese einem US\$ pro Tag, den die Exilanten im Ausland verbracht haben (Human Rights Watch 2006: II und VI).

Diese Finanzquellen sollen durch die internationale Ächtung der LTTE nun ausgetrocknet werden. Die kanadische Regierung verkündete ihre Entscheidung im April 2006, kurz darauf gab Europäische Union ebenfalls die Einstufung der LTTE als ter-

<sup>13</sup> Der Großteil der Sri-Lanka-Tamilen lebt in Westeuropa, Indien, Australien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. In der Schweiz, Frankreich und Australien leben jeweils etwa 30.000 Sri-Lanka-Tamilen (Human Rights Watch 2006: II).

roristische Organisation mit unmittelbarer Wirkung bekannt. Die Entscheidung verpflichtet die EU-Staaten zur Verhängung eines Einreiseverbots gegen LTTE-Mitglieder. Darüber hinaus gilt ein Verbot direkter und indirekter Finanzierung der LTTE.<sup>14</sup>

## Fazit

Die von den Konfliktparteien auch nach Vereinbarung des Waffenstillstandsabkommens kontinuierlich begangenen Menschenrechtsverletzungen haben das ohnehin schwache Vertrauen in eine Verhandlungslösung, die in einen politischen Transformationsprozess münden sollte, weiter beschädigt. Die Gewaltspirale, die mit den antitamilischen Pogromen 1984 einsetzte, ist ununterbrochen und verhindert bislang einen erfolgreichen Friedensprozess, der Voraussetzung für die zwischen den Parteien auszuhandelnde politische Neugestaltung Sri Lankas ist. Eine politische Lösung setzt auf beiden Seiten die unbedingte Bereitschaft zur formalen Anerkennung der Menschenrechte voraus. Die Ausarbeitung und Installierung wirksamer Mechanismen des Menschenrechtsschutzes müssen das Kernstück eines erfolgreichen Friedensprozesses bilden.

Für die Entwicklung des Konflikts war das Zusammenwirken struktureller, ökonomischer und politischer Faktoren in Sri Lanka entscheidend. Die Wurzeln des ethnisch-sozialen Konfliktes zwischen der singhalesischen Mehrheit und der marginalisierten tamilischen Minderheit reichen bis in die britische Kolonialzeit. Der Konflikt weist eine deutliche Pfadabhängigkeit auf und ist tief in das soziale und politische System eingebettet. Der singhalesisch-nationalistische Kurs und die schwache Institutionalisierung politischer und sozialer Partizipation der Tamilen nach der Unabhängigkeit führten zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft, die heute – trotz der Kriegsmüdigkeit – unüberwindbar zu sein scheint.

Das aktuelle politische System Sri Lankas institutionalisiert die Präferenzen der singhalesischen Mehrheit und diskriminiert die tamilische Minderheit. Die sozio-ökonomischen Ausgrenzung der Sri-Lanka-Tamilen wurde insbesondere durch eine Sprachpolitik forciert, deren "Sinhala-only"-Diktat einen ethnisch-nationalistischen Konflikt entfachte (De Votta 2005: 199): Der Official Language Act von 1956<sup>15</sup> erklärte Sinhala zur offiziellen Sprache des unabhängigen Sri Lanka und bildete den Auftakt zu einer Kette von Gewalt und Gegengewalt, die bis heute nicht abreißt.

Das Beispiel Sri Lankas verdeutlicht, dass eine an den Partikularinteressen der Mehrheit ausgerichtete Sprachpolitik innerhalb polyethnischer Staaten mit einem hohen Konfliktrisiko einhergeht. Besonders in bilingualen Staaten ist sie ein maßgeblicher Faktor, da sie die sozioökonomische Mobilität und politische Partizipation

<sup>14</sup> Die Pressemeldung 9962/06 (Presse 163) des Europarats findet sich unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/fr/cfsp/89792.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/cfsp/89792.pdf).

<sup>15</sup> Abdruck des Official Language Act, No. 33 von 1956 in De Votta 2005: 207-208.

der durch die offizielle Sprachregelung benachteiligten Gruppen entscheidend beeinflusst. Die offizielle Sprachpolitik ist ein brisantes Thema, mit dem alle multilingualen Staaten konfrontiert sind. Die Lösung dieser Frage ist entscheidend für die Etablierung einer nationalen Identität und die Stabilisierung eines politischen Systems. Das Beispiel Indiens zeigt, wie das konstitutionelle und institutionelle Design auf die Anforderungen eines multilingualen und polyethnischen Staates zugeschnitten werden können: Die zweisprachigen Staaten Kanada, Finnland oder Belgien verdeutlichen, dass die Frage der Bilingualität auf konstitutionellem und institutionellem Weg lösbar ist.

Nach mehr als zwanzig Jahren des blutigen Konflikts zwischen Tamilen und Singhalesen sieht es aus, als ob die Abspaltung eines unabhängigen Tamil Eelam, wie ihn die LTTE anstrebt, eine Utopie bleiben wird. Die Annahme, dass in der Sezession die Antwort auf die komplexen Fragestellungen innerhalb ethnisch und sprachlich heterogener Staaten liegt, greift deutlich zu kurz (Horowitz 2003: 6). Von internationaler Seite gibt es für die tamilische Separationsbewegung keine Unterstützung – nicht zuletzt, weil sie möglicherweise eine unerwünschte Signalwirkung haben könnte. Eine konsequente Dezentralisierung und die Gewährung politischer Selbstbestimmungsrechte für die tamilische Bevölkerung sind Erfolg versprechende Maßnahmen auf dem Weg zu einem stabilen politischen System. Besonders im Fall der territorial und sprachlich abgrenzbaren tamilischen Minderheit bietet sich die Gewährung von Teilautonomie zur Lösung des Konflikts an. Alles hängt davon ab, ob sich Sri Lankas politische Elite über einen neuen Kurs verständigen kann. Ohne einen tragfähigen Konsens zwischen den parlamentarischen Parteien in Bezug auf die Integration der tamilischen Minderheit wird es in Sri Lanka keinen Frieden geben.

## Literatur

- Becker, Astrid (2005), "Präsidentchaftswahlen in Sri Lanka", Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Colombo, Friedrich-Ebert-Stiftung, unter <http://library.fes.de/pdf-files/iez/03176.pdf>
- Becker, Astrid (2006a), "Der unerklärte Krieg in Sri Lanka?", Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Colombo, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/WORLDWIDE/ASIEN/KURZBERICHTE/KBSRILANKA1106.PDF>
- Becker, Astrid (2006b), "Keine Chance für den Frieden in Sri Lanka?", Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Colombo, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/WORLDWIDE/ASIEN/KURZBERICHTE/KBSRILANKA0406.PDF>
- Becker, Jo (2006), *Funding the "Final War". LTTE Intimidation and Extortion in the Tamil Diaspora*, Human Rights Watch, 18 (1 C) London und Toronto, unter <http://hrw.org/reports/2006/lte0306/lte0306web.pdf>
- "Déclaration de la présidence au nom de l'Union européenne concernant l'inscription des TLET sur la liste des organisations terroristes", Brüssel, 31.05.2006, 9962/06 (Presse 163) P 078/06, unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/fr/cfsp/89792.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/cfsp/89792.pdf)
- De Votta, Neil (2004), *Blowback. Linguistic Nationalism, Institutional Decay and Ethnic Conflict in Sri Lanka*, Stanford: Stanford University Press
- "Hardliner wins Sri Lanka election", BBC News South Asia, 18.11.2005 [http://news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/4447794.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/4447794.stm)

- Horowitz, Donald L. (2003), "The cracked foundations of the right to secede", in: *Journal of Democracy* 14 (2): 5-17
- International Crisis Group (2006), *Sri Lanka: The Failure of the Peace Process*, Asia Report Nr. 124, unter [http://www.crisisgroup.org/library/documents/asia/south\\_asia/sri\\_lanka/124\\_sri\\_lanka\\_the\\_failure\\_of\\_the\\_peace\\_process.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/asia/south_asia/sri_lanka/124_sri_lanka_the_failure_of_the_peace_process.pdf)
- Jayasutriya, Laksiri (2005), *The Changing Face of Electoral Politics in Sri Lanka (1994-2004)*, London et al.: Marshall Cavendish
- König, Hilmar (2007), "'Jumbo'-Kabinett in Sri Lanka. Präsident Rajapakse belohnt 25 Überläufer mit Ministerposten", in: *Neue Welt*, 30.01.2007, S. 6
- Ross, James (2006), *Improving Civilian Protection in Sri Lanka. Recommendations for the Government and the LTTE*, Human Rights Watch, <http://hrw.org/backgrounder/asia/srilanka0906/>
- "Senior Sri Lanka minister killed", BBC News South Asia, 13.8.2005, unter [http://news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/4147196.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/4147196.stm)
- "Tamil Eelam Police Head Quarters in Kilinochchi. Inaugural opening by Tamil National Leader V.Prabaharan", 7.9.2003 unter <http://www.ltteps.org/>, Website Peace Secretariat – LTTE
- "Three Sri Lanka ministers sacked", BBC News South Asia, 9.2.2007, unter [http://news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/6348063.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/6348063.stm)
- United Nations High Commissioner for Refugees (2006): *Sri Lanka: Zahl der Vertriebenen wächst*, 11.8.2006, unter <http://www.unhcr.de/unhcr.php/aid/1412>
- Venugopal, Rajesh (2003), *The Global Dimensions of Conflict in Sri Lanka*, Working Paper Number 99, Queen Elizabeth House, Oxford: University of Oxford,